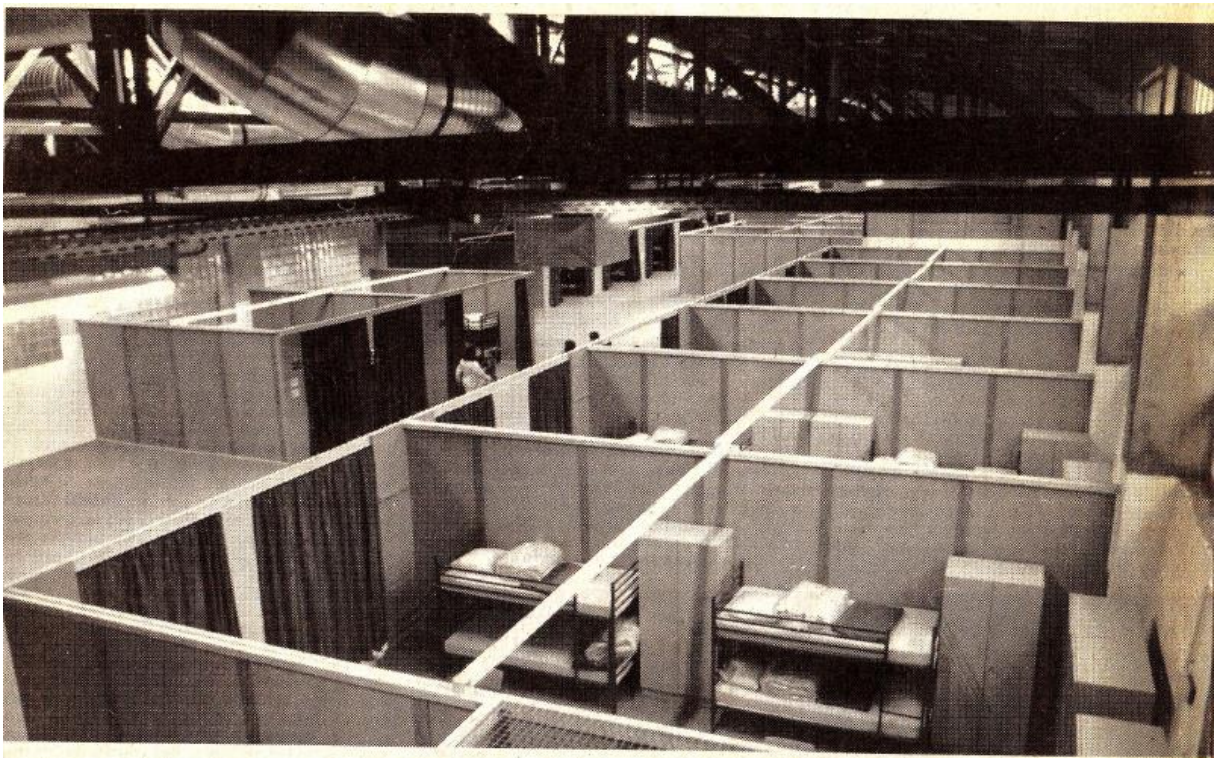


Das „Vogelsang-Depot“ – Stuttgart-West, 1993

In der nachfolgend beschriebenen Erstaufnahmereinrichtung in Stuttgart-West habe ich mehrere Monate in der Sozialbetreuung gearbeitet. Zu meinen Aufgaben gehörte auch die Organisation des Schulbesuchs der im Lager lebenden Kinder, was sich damals gleichsam als ein Ding der Unmöglichkeit erwies.

Der Weg zur alten Straßenbahn-Wagenhalle, die nun Notquartier für jugoslawische Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlinge und seit ein paar Wochen mein Arbeitsplatz ist, führt über ausgediente Abstellgleise. 200 Flüchtlinge, darunter neunzig Kinder, sind mit Bussen aus baden-württembergischen Landeslagern hierher gebracht worden. Das stillgelegte Depot sollte eigentlich Kulturpalast mit Bürgerzentrum, Ausstellungsräumen und Theater werden, doch mangels anderer Wohnräume für die Flüchtlinge hat die Stadt das Gebäude kurzerhand beschlagnahmt und umgebaut. Um Übergriffe zu verhindern – es gab im Vorfeld massiven Widerstand der Anwohner und der Schulen gegen die Einrichtung der Asylunterkunft –, wird die Halle von einem Sicherheitsdienst rund um die Uhr bewacht. Kein schönes Gefühl für Menschen, die gerade einem Krieg entflohen sind. Zur „Vermeidung nationaler Konflikte“ wurde die Unterkunft ausschließlich mit Flüchtlingen aus „Jugoslawien“ belegt. Es sind somit Menschen aus Bosnien, Kroatien, Mazedonien und dem Kosovo; es sind Muslime und Orthodoxe, und es sind Roma und Ashkali, die von den anderen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen diskriminiert und vertrieben wurden. So werden nun die ethnischen Konflikte, vor denen sie geflohen sind, aus Unkenntnis der deutschen Sozialbürokratie in der Unterkunft wieder zusammengeführt. Die Atmosphäre im Lager ist entsprechend nervös und angespannt. Größere Konflikte sind bislang jedoch ausgeblieben, nur einmal musste die Polizei einen Streit schlichten.



Die meisten denken, dass sie nur einige Tage bleiben müssen, sie brauchen lange, bis sie begreifen, dass dieses Lager alles ist, was ihnen für die nächste Zeit angeboten wird. Für eine Million Mark wurde die Halle zum Flüchtlingsquartier umgebaut. Die triste Unterbringung

erinnert an die ansonsten in der Stadt genutzten Turnhallen und Gemeindehäuser; auch Zelte und Wohncontainer wurden in manchen Stadtteilen aufgestellt. Auf Drängen der Grünen im Gemeinderat wurde die Halle mit Trennwänden in 26 Kojen unterteilt; zum Hallenflur schotten dunkelgrüne Vorhänge den Blick etwas ab, laut Hausordnung, müssen diese tagsüber jedoch offen gehalten werden. Privatsphäre gibt es nicht und an Schlaf ist in der Nacht kaum zu denken, weil auf den Gängen ständig jemand hin- und herläuft, Musik spielt, Kinder weinen, Erwachsene sich unterhalten, miteinander lautstark diskutieren oder sich streiten. Acht Personen teilen sich die 35 Quadratmeter einer Koje, zugestellt mit Doppelbetten, Tischen, Stühlen und Spinden. Aus Angst vor fremden Blicken oder Diebstählen gehen viele mit ihren Kleidern ins Bett. Nach oben ist die Koje offen zur hohen Hallendecke, unter der die riesigen Heizungsrohre verlaufen. Jeder Schritt, jedes Wort hallt. An der Wand aus Glassteinen donnert die Stadtbahn vorbei. Zwischen den Kojen sind Wäscheleinen gespannt, dazwischen spielen die Kinder, auch die Männer sitzen vor den Kojen beieinander und spielen Karten, trinken Kaffee. Frauen stricken und häkeln, bessern Wäsche aus, bügeln, stillen und wickeln die Säuglinge.

Die Enge im Quartier hat dazu geführt, dass einige Kinder sich mit Windpocken angesteckt haben. Wegen des Verdachts auf Tuberkulose wurde ein Flüchtling ins Krankenhaus gebracht, alle Flüchtlinge (und auch ich) wurden vom Gesundheitsamt, das auch regelmäßig Hygienekontrollen macht, untersucht. Für ein Massenquartier ist die Unterkunft sehr sauber: der Putzdienst, den die Kojen abwechselnd übernehmen müssen, klappt. Die Frauen versuchen, es in den Kojen irgendwie „schön“ zu machen, die Betten sind mit bunten Stoffen überdeckt, manche haben „orientalische“ Teppiche besorgt und auf den Boden gelegt. Fotos sind aufgestellt und aufgehängt, die Kinder befestigen Poster oder selbstgemalte Bilder an den Wänden, es ist faszinierend, wie die Menschen sich diesen ‚Raum‘ aneignen, ihn zu gestalten versuchen und beginnen, sich einzurichten. Ständig werde ich zum Kaffee- oder Teetrinken in oder vor die Koje eingeladen, selbst hier wird „Gastfreundschaft“ praktiziert.

In einem Nebenhaus sind die Waschräume, Duschen und die Waschküche mit drei Waschmaschinen installiert. Die Toiletten sind nicht abschließbar, sondern haben lediglich Klapptüren. Zwischen den Duschen gibt es überhaupt keine Abtrennungen. Die Ärztin, die Mitarbeiter des Sozialamtes und auch ich müssen in einer Ecke des Küchentrakts, nur notdürftig abgeschirmt, halb-öffentlich, dafür ohne Dolmetscher, arbeiten, weil es keine Büros gibt – ein geschützter Raum für medizinische Untersuchungen und Beratung ist nicht gegeben. Das Essen wird von einem Catering angeliefert. Die Flüchtlinge wollen lieber selber kochen, doch dafür reicht die elektrische Kapazität nicht aus. Deshalb gibt es im abgeteilten Speiseraum auch nur sechs Spülen, die 26 Kochplatten sind lediglich zum Teekochen und Aufwärmen von Kindernahrung gedacht. Die Flüchtlinge müssen sich bei Verlassen der Unterkunft beim Wachdienst ab- und zurückmelden. Ausgang ist lediglich zwischen 7 Uhr morgens und 21 Uhr abends. In einen winzigen Raum wurde ein Liegestuhl gestellt, dorthin können sich Paare für maximal eine Stunde zurückziehen. Allerdings müssen sie beim Pförtner den Schlüssel hierfür holen. Schwangeren wird grundsätzlich und nachdrücklich zur Abtreibung geraten mit der Begründung, dass die Kinder kaum Chancen für ein normales Aufwachsen haben. Für Entbindungen muss ich diejenige Klinik im Landkreis ausfindig machen, die hierfür den geringsten Kostensatz verlangt. Abschiebungen werden öffentlich in der Unterkunft durchgeführt, dies erzeugt jedes Mal große Unruhe im Lager und verängstigt vor allem die Kinder ungemein. Fast täglich werden Delegationen der verschiedensten Behörden, der Stadtverwaltung sowie politischer Gruppierungen oder kommunaler Parteien, der Presse oder karitativ-humanitärer Organisationen durch die Unterkunft geschleust.

Es ist mühsam, die Kinder in den Schulen unterzubringen. Das städtische Schulamt hat zwar die Einrichtung so genannter „Internationaler Vorbereitungsklassen“ zugesagt, in denen insbesondere Asylkinder im Grundschulalter auf den Besuch der Regelschule vorbereitet

werden sollen. Doch die erforderlichen Lehrkräfte und Räume sind noch nicht vorhanden. Zudem regt sich, vor allem von besorgten deutschen Eltern, Widerstand gegen die Einschulung der „Balkankinder“, insbesondere der Roma. Die Eltern hegen umfassende Befürchtungen: Die Asylbewerberkinder würden Ungeziefer und ansteckende Krankheiten in die Schulen einschleppen, sie würden mit Drogen handeln, die Mitschüler beklaugen. Wenn sie schon in die Schule müssten, dann sollen sie eigene Toiletten benutzen, nur in einer abgeteilten Ecke des Pausenhofes spielen und am besten andere Pausenzeiten haben als die Regelschüler. Sie sollen mit Bussen gebracht und geholt werden, damit sie nicht mit den anderen Kindern auf dem Schulweg in Kontakt kommen und diese bedrohen können. Der Elternbeirat einer Grund- und Hauptschule ist besorgt, weil die Asylunterkunft in unmittelbarer Nähe liegt: Alleinstehende Asylbewerber bedrohten die Schülerinnen, zudem würden die Flüchtlinge den Abfall auf den Schulhof werfen. Auch wenn die deutschen Eltern, Anwohner und Lehrkräfte nicht immer präzise unterscheiden, wird doch deutlich, dass sie nicht pauschal gegen „die Asylanten“ sind, obwohl dies ein öffentlich aufgeheiztes Wort ist, sondern dass sich ihre Einwände vor allem gegen „die Zigeuner“ richten, denen gegenüber die deutsche Gesellschaft offensichtlich noch immer eine kollektive Neurose pflegt.